

POSITIONSPAPIER zur Landtagswahl in Sachsen 2024

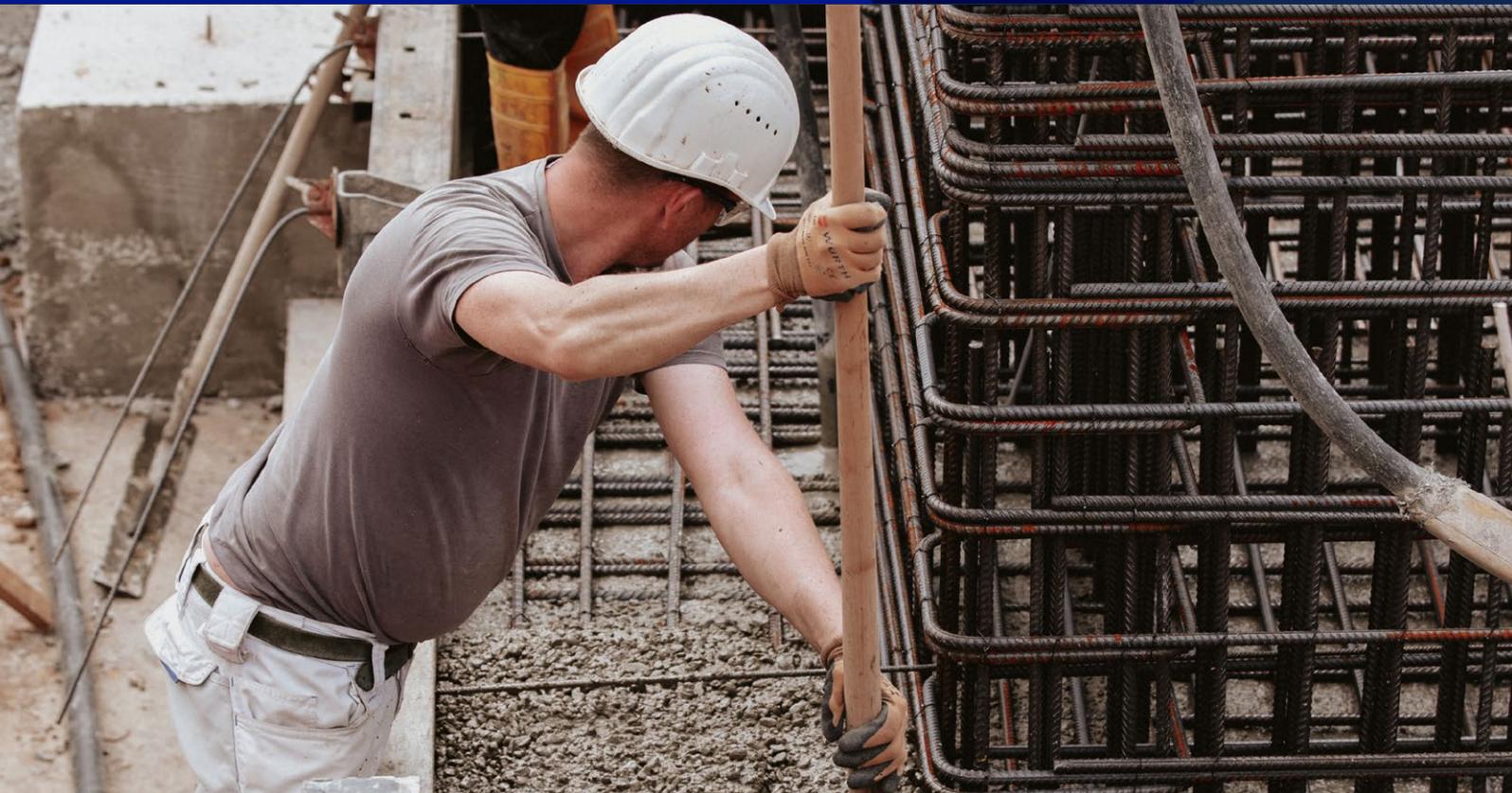


Foto: Schieck + Scheffler & Co GmbH

Einleitung

Am 1. September 2024 steht Sachsen erneut vor einer wegweisenden Landtagswahl. In den vergangenen fünf Jahren sah sich der Freistaat mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert, darunter eine schwierige konjunkturelle Lage und anhaltende Probleme in der Bauindustrie. Trotz dieser Schwierigkeiten wurden wichtige Investitionen getätigt, die jedoch nicht ausreichen, um den steigenden Bedarf in kritischen Bereichen wie Infrastruktur, Wohnungsbau und Digi-

talisierung zu decken. Die nächste Staatsregierung steht somit vor der Aufgabe, das Fundament für zukünftige Entwicklungen zu stärken und die Weichen für eine nachhaltige und inklusive Wachstumspolitik zu stellen. Dabei gilt es, die Rahmenbedingungen für die Bauwirtschaft zu verbessern und sicherzustellen, dass öffentliche Mittel effizient und effektiv eingesetzt werden, um den Herausforderungen von morgen gerecht zu werden.

› Verwaltungs- modernisierung



› Building Information Modeling (BIM)

Mittels Building Information Modeling (BIM) werden alle relevanten Gebäudedaten digital erfasst, kombiniert und miteinander vernetzt. Es hat sich daher als wichtiges Instrument etabliert, um Fehler bereits in der Planung zu vermeiden und den Informationsaustausch zwischen allen Projektbeteiligten über den gesamten Bauprozess hinweg zu verbessern. Trotz einer politisch langfristig angestrebten vollständigen

Digitalisierung der Bauverwaltung muss aktuell resümiert werden, dass BIM-Ausschreibungen in der Praxis noch nicht angekommen sind. Ausschreibungen mit BIM sind im Freistaat so gut wie nicht vorhanden. Sollte sich dieser Trend fortsetzen, müsste darüber nachgedacht werden, die Verwendung von BIM gesetzlich zu regeln.

Die Bauindustrie Ost fordert:

- Schaffung eines Landeskompetenzzentrums für BIM
- Stufenweise Einführung von BIM am Beispiel Nordrhein-Westfalens bei Landesbauprojekten oder dem Infrastrukturbau auf Bundesebene (*BIM-Stufenplan*)
- Mehr Pilotprojekte mit aktiver Einbeziehung externer Architekten und Ingenieure zur schnelleren Etablierung von BIM (Vorbild neues Verwaltungszentrum Dresden)
- Offenheit bei der Auswahl der Software gegenüber dem Auftragnehmer sowie Bereitstellung offener Schnittstellen auf Seiten der Verwaltung
- Konkretisierung der Anwendung von BIM in den Auftraggeber-Informationsanforderungen (AIA)

› Personalentwicklung in der Verwaltung

In der öffentlichen Verwaltung des Freistaates Sachsen besteht trotz stetiger Verbesserung in den vergangenen Jahren weiterhin ein deutlicher Bedarf an qualifiziertem Personal, insbesondere in den für das Bauen zuständigen Ämtern. Die Verwaltung steht vor der Herausforderung, den wachsenden Anforderungen durch Digitalisierung und komplexer

werdende Bauvorhaben gerecht zu werden. Eine strategische Personalentwicklung, um eine hochwertige und effiziente Verwaltung zu gewährleisten, ist daher von großer Bedeutung. Damit kann den Herausforderungen der kommenden Jahre effektiv begegnet und die Leistungsfähigkeit der Verwaltung nachhaltig gesichert werden.

Die Bauindustrie Ost fordert:

- **Qualifizierung und Ausbildung von Fachpersonal:** Dies umfasst die Implementierung zielgerichteter Ausbildungs- und Studiengänge, die speziell auf die Bedürfnisse der Bauverwaltung zugeschnitten sind. Darüber hinaus müssen bestehende Ausbildungsprogramme regelmäßig aktualisiert werden, um den neuesten technologischen und rechtlichen Entwicklungen Rechnung zu tragen.
- **Infrastrukturelle und personelle Stärkung in den Bauämtern:** Angesichts des steigenden Bauvolumens und der komplexen Genehmigungsverfahren ist es unerlässlich, die personellen Kapazitäten in den Bauämtern zu erhöhen.

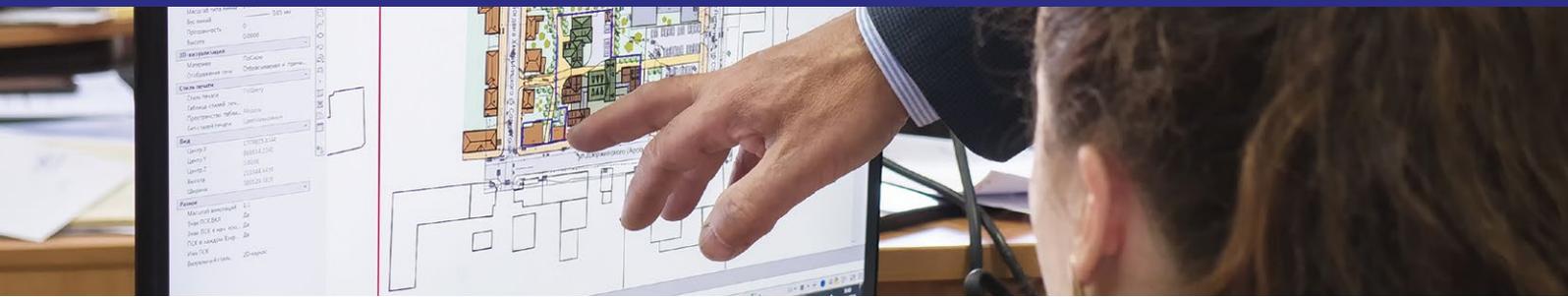


Foto: shutterstock.com | © Pethukov Anton

› Ressortübergreifende Anwendung digitaler Prozesse

Die fortschreitende Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung ist von zentraler Bedeutung für die Effizienzsteigerung und Serviceverbesserung in allen Branchen, insbesondere in der Bauindustrie. In der aktuellen Legislaturperiode hat der Freistaat Sachsen einige Investitionen in die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung getätigt und digitale Dienstleistungen ausgebaut. Der Digitale Bauantrag befindet sich beispielsweise aktuell in seiner Pilot-

phase und hat bereits gezeigt, dass eine vollständige Digitalisierung des Baugenehmigungsverfahrens praktikabel und vorteilhaft ist. In einer spürbaren Entlastung resultierten die meisten Investitionen für die Baubranche bisher jedoch nicht. Lange Wartezeiten und ineffiziente Genehmigungsverfahren sind weiterhin alltägliche Probleme von Bauunternehmern, welche darüber hinaus wesentlich zu Kostensteigerungen von Bauprojekten beitragen.

Die Bauindustrie Ost fordert:

- **Schaffung einer zentralen digitalen Bau-Plattform:** Eine Plattform, die alle baurelevanten Genehmigungsverfahren digitalisiert, um die Prozesseffizienz weiter zu steigern, wäre in der Lage, die Bearbeitungszeiten noch weiter zu verkürzen und die Prozesskosten für Unternehmen signifikant zu reduzieren.
- **Zielgerichtete Schulung für digitale Bauverfahren:** Die Schulungen für Verwaltungsmitarbeiter müssen intensiviert werden, insbesondere hinsichtlich digitaler Werkzeuge, die in der Bauindustrie zum Einsatz kommen.
- **Erhöhung der Datensicherheit in Bauverfahren:** Die Notwendigkeit, Datensicherheit und Datenschutz speziell für die Bauindustrie zu stärken, hat sich in den letzten fünf Jahren deutlich gezeigt. Investitionen in Sicherheitstechnologien und regelmäßige Sicherheitsaudits sind entscheidend, um das Vertrauen in digitale Verwaltungsprozesse zu festigen.
- **Landesweite Expansion des Digitalen Bauantrags:** Das erfolgreiche Pilotprojekt in Leipzig sollte als Modell für die landesweite Einführung digitaler Bauanträge dienen. Es wird gefordert, dass dieses System so schnell wie möglich auf ganz Sachsen ausgeweitet wird, um die Vorteile der Digitalisierung in der gesamten Bauverwaltung des Freistaats zu implementieren.

› Nachhaltigkeit



› Deponieknappheit entgegenwirken

Seit 2019 steht die Sächsische Bauindustrie ununterbrochen vor dem Problem der Deponieknappheit, trotz Fortschritten in der Planung und im Recycling. Die Deponiekapazitäten sind kaum gestiegen, und die Entsorgungskosten bleiben eine Herausforderung, obwohl die Akzeptanz und Nutzung von Sekun-

därrohstoffen positiv zugenommen hat. Ein koordinierter Ansatz zur Bewältigung dieser Herausforderungen ist dringend erforderlich, um die Kosten für Bauvorhaben zu senken und nachhaltige Lösungen zu fördern.

Die Bauindustrie Ost fordert:

- **Effizienz in Genehmigungsverfahren:** Eine beschleunigte und vereinfachte Abwicklung von Planungs- und Genehmigungsverfahren für Deponien.
- **Keine Verschärfung von Grenzwerten:** Eine flexible Anpassung von Grenzwerten, die eine umweltverträgliche Nutzung von Bodenaushub ermöglicht.

› Energieeffizienz und Gebäudesanierung

Der Bereich Energieeffizienz und Gebäudesanierung sind zentrale Elemente für die nachhaltige Entwicklung des Bauwesens im Freistaat Sachsen. Trotz erkennbarer Fortschritte in den letzten Jahren, insbesondere bei der Umsetzung energieeffizienter Bau-standards und der Förderung von Sanierungsmaßnahmen, bestehen weiterhin signifikante Herausfor-

derungen. Um die Klimaschutzziele zu erfüllen, muss auch weiterhin die energetische Sanierungsrate gesteigert werden und der Energieverbrauch in Gebäuden signifikant reduziert werden. Hierfür bedarf es jedoch gezielter Fördermaßnahmen, um die wirtschaftliche Attraktivität von Klimastandards zu gewährleisten.

Die Bauindustrie Ost fordert:

- **Verstärkte Förderprogramme:** Die Ausweitung und Vereinfachung von Förderprogrammen für die Sanierung bestehender Gebäude und die Errichtung energieeffizienter Neubauten. Dies umfasst sowohl finanzielle Anreize als auch Beratungsangebote.
- **Optimierung der Rahmenbedingungen:** Die Schaffung klarer und pragmatischer regulatorischer Rahmenbedingungen, die sowohl die Energieeffizienz in Neubauten als auch die Sanierung des bestehenden Gebäudebestands fördern, ohne dabei unrealistische Anforderungen zu stellen.
- **Ausbildung und Wissensvermittlung:** Die Förderung von Aus- und Weiterbildungsprogrammen im Bereich der Energieeffizienz und des nachhaltigen Bauens, um Fachkräfte mit den notwendigen Kenntnissen und Fähigkeiten auszustatten.



Foto: shutterstock.com | © gyn9037

› Gezielte Förderung nachhaltiger Baustoffe und von Recycling forcieren

Die nachhaltige Nutzung von Baustoffen und die Förderung von Recyclingprozessen sind entscheidend für die Zukunft der Bauindustrie in Sachsen. Trotz positiver Entwicklungstendenz in den vergangenen Jahren besteht weiterhin ein erheblicher Handlungsbedarf, um die Umweltauswirkungen des

Bauens zu minimieren und die Ressourceneffizienz zu maximieren. Ohne funktionale Recycling-Infrastruktur unter Berücksichtigung ökologischer und ökonomischer Aspekte wird der Übergang hin zu einer nachhaltigen Bauwirtschaft in Sachsen nicht gelingen.

Die Bauindustrie Ost fordert:

- **Erweiterung der Recycling-Infrastruktur:** Die Notwendigkeit, die Kapazitäten und Technologien für das Recycling von Baumaterialien zu erweitern, um den Anteil wiederverwendbarer und recycelter Materialien in Bauprojekten zu erhöhen.
- **Förderung von nachhaltigen Baustoffen:** Die Schaffung von Anreizen für die Entwicklung und den Einsatz nachhaltiger Baustoffe durch Subventionen, steuerliche Vorteile und vereinfachte Zulassungsverfahren.
- **Bildung und Aufklärung:** Die Initiierung von Bildungs- und Aufklärungsprogrammen für alle Beteiligten der Bauindustrie, um das Bewusstsein und die Kompetenzen im Umgang mit nachhaltigen Baustoffen und Recyclingpraktiken zu stärken.

› Nachwuchs- und Fachkräftegewinnung



Foto: BIVO – Archiv

› Integration von Zuwanderern auf dem Arbeitsmarkt in der Bauwirtschaft

Die Integration von Zuwanderern in die Bauwirtschaft stellt eine bedeutende Chance für den Arbeitsmarkt im Freistaat Sachsen dar. Angesichts des Fachkräftemangels und der demografischen Veränderungen ist die effektive Eingliederung von ausländischen Arbeitskräften in die Bauindustrie eine Schlüsselstrategie zur Sicherung der Wirt-

schaftskraft und zur Unterstützung des Baugewerbes in Sachsen. Hier steht die Politik weiterhin in der Pflicht Maßnahmen zu treffen, die effektiv die Willkommenskultur im Freistaat fördern und die Integration in den Arbeitsmarkt sowohl für die Arbeitnehmer- aber auch für die Arbeitgeberseite so einfach wie möglich zu halten.

Die Bauindustrie Ost fordert:

- **Verbesserte Rahmenbedingungen für die Arbeitsmarktintegration:** Erleichterung des Zugangs zu Arbeitsgenehmigungen und beruflicher Anerkennung für qualifizierte Zuwanderer. Dazu gehören klare und schnelle Verfahren, die den Bedarf der Bauindustrie an Fachkräften decken.
- **Förderung von Sprachkursen und kultureller Integration:** Intensivierung der Angebote für Sprachkurse und kulturelle Integrationsprogramme, die speziell auf die Bedürfnisse und Herausforderungen von Zuwanderern in der Bauwirtschaft zugeschnitten sind.
- **Partnerschaften mit Bildungseinrichtungen:** Aufbau von Kooperationen mit Bildungseinrichtungen und Berufsschulen, um zielgerichtete Ausbildungsprogramme zu entwickeln, die sowohl technische Fähigkeiten als auch sprachliche und kulturelle Kompetenzen vermitteln.

› Größere Bedeutung von MINT-Fächern in Schulen nötig

Unternehmen fällt es zusehends schwerer, Nachwuchs zu finden. Die Ursachen liegen in der mangelnden Bereitschaft der Jugendlichen für eine Ausbildung in der Baubranche, aber auch in der mangelnden Ausbildungsbefähigung vieler Bewerber. Dementsprechend ist die Bedeutung von MINT-Fächern (**M**athematik, **I**nformatik, **N**aturwissenschaften, **T**echnik) in der Bildung entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit der Sächsischen Bau-

wirtschaft. Die Entwicklung der vergangenen Jahre mündet jedoch in einer rückläufigen Absolventinnen- und Absolventenzahl an den Hochschulen und stagnierenden Zahlen in bauspezifischen Ausbildungsberufen. Die Förderung der MINT-Fächer muss deshalb bereits in den schulischen Lehrplänen oberste Priorität haben, um für die weiterführende Ausbildung zu sensibilisieren.

Die Bauindustrie Ost fordert:

- **Stärkere Integration von MINT-Fächern in den Lehrplan:** Die sächsischen Bildungsbehörden müssen den Umfang und die Tiefe der MINT-Fächer in den Lehrplänen aller Schulformen erhöhen. Dies umfasst die frühe Förderung in der Grundschule und die Vertiefung in weiterführenden Schulen.
- **Partnerschaften mit der Wirtschaft und Hochschulen:** Schulen müssen enger mit lokalen Unternehmen und Hochschulen zusammenarbeiten, um praxisnahe MINT-Projekte zu fördern. Solche Kooperationen können den Schülern relevante Einblicke in die praktische Anwendung ihrer Kenntnisse und mögliche Karrierewege aufzeigen.

› Investition vs. Konsumtion

› Infrastrukturausbau

Die Steigerung der konsumtiven Ausgaben in öffentlichen Haushalten negiert die Bemühungen der vergangenen Jahre, um die öffentliche Infrastruktur zu verbessern, da diese oft nicht mit einer entsprechenden Erhöhung der Investitionen in den Infrastrukturausbau einhergeht. Dies führt dazu, dass wesentliche Infrastrukturprojekte weiterhin unterfinanziert sind und das Wachstumspotenzial des Freistaates dadurch eingeschränkt wird. Vor dem Hintergrund des bestehenden, teils schlechten Zustands des Schienen- und Straßennetzes und des massiven Strukturwandels in der Lausitz, muss

die zuletzt positive Entwicklung der Investitionsquote fortgeführt werden, um dem Bestandsverfall aktiv entgegenzuwirken. Problematisch ist zudem, dass auch der kommunale Investitionsbedarf in Sachsen immens ist. Die Schätzungen zeigen, dass erhebliche Investitionen erforderlich sind, um den bestehenden Verschleiß zu bekämpfen und die Infrastruktur auf ein zeitgemäßes Niveau zu bringen. Erschwerend kommt hinzu, dass notwendige Infrastrukturinvestitionen nicht nur durch den Personal-mangel in den Bauverwaltungen verzögert werden, sondern auch durch starre Bauzeiten.

Die Bauindustrie Ost fordert:

- **Verstetigung der Infrastrukturinvestitionen:** Es muss eine deutliche Umschichtung von konsumtiven Ausgaben zu Investitionsausgaben stattfinden, um die langfristige Entwicklung und Wartung der Infrastruktur sicherzustellen. Die öffentliche Hand sollte gezielte Investitionsprogramme auflegen, die auf kritische Infrastrukturbereiche abzielen.
- **Investitionsquoten hochhalten:** Die öffentliche Hand muss ihre Investitionsquoten weiterhin auf einem hohen Niveau halten, um den akuten Bedarf zu decken und weitere Substanzverluste zu vermeiden. Dies erfordert eine klare Priorisierung von Bauinvestitionen in den Haushaltsplänen.
- **Förderung von partnerschaftlichen Modellen:** Die Nutzung von partnerschaftlichen Modellen (u.a. ÖPP) sollte verstärkt gefördert werden, um private Investitionen in öffentliche Infrastrukturprojekte zu mobilisieren. Dies kann durch verbesserte gesetzliche Rahmenbedingungen und Anreize unterstützt werden.
- **Konsequente Nutzung von EU- und Bundesfördermitteln:** Ziel muss sein, vorhandene Finanzierungsquellen effizient auszuschöpfen, um die Finanzierung und Realisierung umfangreicher Infrastrukturprojekte zu sichern. Diese Maßnahme würde es ermöglichen, zusätzliche Investitionen zu mobilisieren und die Umsetzung dringend benötigter Verbesserungen zu beschleunigen.

...



Foto: TEICHMANN BAU GmbH

› Wohnungsbauförderung

In den letzten fünf Jahren hat Sachsen Fortschritte in der Wohnungsbauförderung gemacht, jedoch bleiben die Herausforderungen angesichts steigender Baukosten und einer angespannten Marktsituation bestehen. Trotz verstärkter Fördermaßnahmen ist der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum weiterhin hoch und die Finanzierung von Wohnbauprojekten zunehmend komplex. Aktuelle Maß-

nahmen reichen nicht aus, um den Bedarf nachhaltig zu decken und insbesondere jüngere und einkommensschwächere Bevölkerungsschichten zu unterstützen. Nur durch eine umfassende, anpassungsfähige und gut finanzierte Förderstrategie kann der Freistaat Sachsen seinen Bürgern langfristig ein lebenswertes Umfeld bieten.

Die Bauindustrie Ost fordert:

- **Anpassung und Erhöhung der Fördermittel sowie Flexibilisierung der Förderkriterien:** Die Förderkriterien müssen überarbeitet und flexibler gestaltet werden, um eine breitere Inanspruchnahme zu ermöglichen, die Antragsverfahren zu vereinfachen und Genehmigungsprozesse zu beschleunigen. Gleichzeitig ist eine Anpassung und Erhöhung der Fördermittel erforderlich, um die gestiegenen Baukosten zu decken und insbesondere den sozialen Wohnungsbau zu stärken.
- **Stärkere Kooperation zwischen Staat und Bauwirtschaft:** Eine intensivere Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und Bauwirtschaft kann dazu beitragen, Synergien zu nutzen und gemeinsam effiziente Lösungen für die Herausforderungen im Wohnungsbau zu entwickeln.
- **Förderung des seriellen Bauens:** Die Unterstützung serieller Bauweisen sollte gefördert werden, um die Effizienz zu steigern und die Kosten im Wohnungsbau zu senken. Dies könnte durch technologische Innovationen und standardisierte Bauprozesse erreicht werden.
- **Stärkung des sozialen Wohnungsbaus:** Es muss eine gezielte Förderung des sozialen Wohnungsbaus geben, um sicherzustellen, dass auch einkommensschwächere Schichten Zugang zu bezahlbarem Wohnraum erhalten. Dies beinhaltet die Bereitstellung zusätzlicher Mittel und Anreize für Investoren und Bauherren, um in diesen Bereich zu investieren.

› Sächsisches Vergabegesetz

Die Ausschreibung öffentlicher Aufträge zielt darauf ab, Steuergelder so effizient wie möglich zu verwenden. Das Sächsische Vergabegesetz sollte daher darauf ausgerichtet sein, öffentliche Vergabeprozesse einfach, transparent und praktikabel zu gestalten. In den vergangenen fünf Jahren haben verschiedene Novellierungsversuche jedoch zu Vorschlägen geführt, die das Verfahren zunehmend

komplex, kostenintensiv und bürokratisch gestaltet hätten. Um diese Entwicklung zu stoppen, ist es entscheidend, dass das Vergabegesetz auch weiterhin auf Einfachheit und Praktikabilität setzt. Andernfalls riskieren wir, insbesondere kleinere und mittlere Bauunternehmen vor wachsende Herausforderungen zu stellen.

Die Bauindustrie Ost fordert:

- **Vereinfachung der Vergabeprozesse:** Das Vergabeverfahren sollte weiter vereinfacht werden, um es insbesondere für KMU zugänglicher und weniger bürokratisch zu gestalten. Dies schließt die Reduzierung von Dokumentationspflichten und die Vereinfachung der Bewerbungs- und Angebotseinreichung ein.
- **Transparenz und Gleichbehandlung in der Vergabepaxis:** Stärkere Regulierungen zur Sicherung der Transparenz und Gleichbehandlung aller Bieter. Dies umfasst klare Richtlinien für die Ausschreibung und Bewertung von Angeboten sowie die Etablierung effektiver Beschwerdemechanismen bei Vergabeentscheidungen.
- **Keine Aufnahme vergabefremder Kriterien:** Vergabefremde Kriterien, die politische oder soziale Zielsetzungen beinhalten, die nicht direkt mit der Qualität oder dem Preis der zu beschaffenden Leistung zusammenhängen, können den Prozess verkomplizieren. Sie erhöhen nicht nur den administrativen Aufwand, sondern können auch kleinere Unternehmen benachteiligen, die möglicherweise nicht die Ressourcen haben, um komplexe Anforderungen zu erfüllen.

› Attraktivität öffentlicher Aufträge

Die öffentliche Hand benötigt für ihre Bauaufgaben die Beteiligung der bauindustriellen Unternehmen. Allerdings werden öffentliche Aufträge zunehmend unattraktiv. Daran haben in den vergangenen Jahren auch die angestrebten Vereinfachungen im Vergabeverfahren und verbesserte Zahlungsbedingungen nichts geändert. Die Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen bleibt für viele Unternehmen, beson-

ders für mittelständische Betriebe, eine Herausforderung. Die administrative Last und die oft geringen Margen bei öffentlichen Aufträgen schrecken viele potenzielle Bieter ab. Dementsprechend gibt es aktuell wesentlichen Handlungsbedarf, um die Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen attraktiver zu gestalten und so die Vielfalt und Wettbewerbsfähigkeit der teilnehmenden Unternehmen zu erhöhen.

Die Bauindustrie Ost fordert:

- **Verbesserung der Zahlungspraktiken:** Implementierung schnellerer und verlässlicherer Zahlungsmodalitäten für alle öffentlichen Aufträge, um Liquiditätsengpässe, die besonders kleinere Unternehmen belasten, zu vermeiden.

...



Foto: STRATIE BAU GmbH

...

- **Erhöhung der Transparenz bei der Auftragsvergabe:** Stärkung der transparenten Vergabepaxis durch öffentliche Bekanntmachungen und die Bereitstellung umfassender Feedbacks an nicht erfolgreiche Bieter, um das Verständnis und die Fairness des Prozesses zu verbessern.
- **Orientierung an der Musterbauordnung:** Abkehr Bauordnung Sachsen – verstärkte Orientierung Musterbauordnung – gleiches Bauordnungsrecht bundeslandübergreifend

› Steigende bürokratische Belastung

Unverändert berichten Unternehmen aus der Bauindustrie von einer stetigen Zunahme der bürokratischen Belastung. Diese Entwicklung betrifft sowohl kleine, mittelständische, als auch große Unternehmen, die durch umfangreiche Regulierungen, lange Genehmigungsverfahren und eine stetig wachsende Dokumentationspflicht in ihrer Wettbewerbsfähigkeit eingeschränkt werden. Derzeit sieht

sich jedes zweite Bauunternehmen mit einer hohen Bürokratiebelastung konfrontiert – Tendenz steigend. Die anhaltende Zunahme der bürokratischen Hürden schränkt die Unternehmen dabei in ihrer täglichen Arbeit immer mehr ein. Es ist daher dringend erforderlich, gegensteuernde Maßnahmen zu ergreifen.

Die Bauindustrie Ost fordert:

- **Vereinfachung von Verfahren:** Die Einführung klarer und einfacherer Verfahren für Bauvorhaben, insbesondere durch die Reduzierung der Anzahl der erforderlichen Genehmigungen und die Beschleunigung von Genehmigungsprozessen.
- **Digitalisierung von Verwaltungsprozessen:** Weiterführung und Intensivierung der Digitalisierungsbestrebungen in der Verwaltung, um Medienbrüche zu vermeiden und die Bearbeitungszeiten zu verkürzen. Dies schließt die vollständige Digitalisierung von Baugenehmigungsverfahren und anderen Standardprozessen ein.
- **Reduzierung der Dokumentationspflichten:** Kritische Überprüfung und mögliche Reduzierung der Dokumentationsanforderungen, die an Unternehmen gestellt werden. Ziel sollte es sein, nur solche Dokumente zu fordern, die für die sachgemäße Beurteilung und Abwicklung von Bauvorhaben unerlässlich sind.
- **Transparente Kommunikation von Anforderungen:** Die Verwaltung sollte sicherstellen, dass alle Anforderungen und Änderungen in der Gesetzgebung klar und verständlich kommuniziert werden, um Unsicherheiten und den damit verbundenen Verwaltungsaufwand zu minimieren.